

# Newsletter

**DIE LINKE.**  
Fraktion  
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Ausgabe #4/2014

## Nein zu Kürzungen und höheren Gebühren!

### Für gerechte Kita-Gebühren



*„Die möglicherweise von bestimmten Kreisen durchaus gewollte Unterfinanzierung der Kommunen in Deutschland hat zur Folge, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern abkassiert wird. Zum Beispiel wollen Sie jetzt die Kita-Gebühren erhöhen, obwohl die Beitragsstaffel jetzt schon höchst ungerecht ist. DIE LINKE lehnt das jedenfalls ab. Es kann doch nicht sein, dass eine alleinstehende Sekretärin genauso viel bezahlen muss, wie ein gut verdienendes Lehrer-Ehepaar. Ich kann Ihnen deshalb nur ans Herz legen, die Beitragsstaffel zu überarbeiten, damit wieder soziale Gerechtigkeit hergestellt wird, anstatt die soziale Schieflage noch zu verschärfen.“*

Oliver Förste auf der Ratssitzung am 18.12.2014

Die Gewerbesteuereinnahmen der Landeshauptstadt brechen ein. Deshalb setzen Verwaltung und rot-grüne Ratspolitiker den Rotstift an und drehen an der Gebührenschaube. Sportvereine sollen mehr Geld für die Nutzung der städtischen Hallen zahlen. Steigen sollen die Gebühren in den Kindertagesstätten auch für Eltern mit geringerem Einkommen sowie die Eintrittspreise in den städtischen Bädern. Kürzungen betreffen auch Jugendprojekte, Verbände sorgen sich deshalb um den Erhalt der Aktivitäten. Die Stadtbezirke sollen weniger Geld bekommen und die Stadtbeschäftigten auf zusätzliche Urlaubsansprüche und Wechselzuschlägen verzichten. Für Stadtteilgenossenschaften, die dringend benötigte bezahlbare Mietwohnungen bauen wollen, soll es weniger Fördermöglichkeiten geben. Projekte zur Beschäftigungsförderung, Integration und zur Unterstützung von Flüchtlingen sollen weniger Geld erhalten. Die Linksfraktion im Rat kritisierte diese Politik auf dem Rücken von Einwohnern und Beschäftigten und zeigte Alternativen auf.

In diesem Jahr hat der Rat gegen die Stimmen der LINKEN das neunte Haushaltssicherungskonzept (HSK IX) verabschiedet, dennoch kommt die Stadt nicht aus den Schulden heraus. Um die strukturelle Unterfinanzierung zu beenden, müssen also die Einnahmen erhöht werden. Deshalb will DIE LINKE die Gewerbesteuer

maßvoll anheben, was pro Jahr mehr als 20 Millionen Euro zusätzlich in die Stadtkasse spülen würde. Außerdem sollen die städtischen Unternehmen jedes Jahr vier Millionen Euro mehr an die Stadt abführen als bisher. „Es gibt in Hannover keine Branche, die wirtschaftlich eingebrochen ist“, betonte Diplom-Volkswirtin Helga Nowak (LINKE). Gerade große Unternehmen würden immer wieder versuchen, mit zahlreichen Tricks weniger Steuern zu zahlen. Das gelte auch für Betriebe, die der Stadt gehören oder an denen sie als Anteilseigner beteiligt ist, wie etwa die Stadtwerke oder die Deutsche Messe AG. Die Linksfraktion fordert deshalb, dass städtische Unternehmen eine angemessene Eigenkapitalverzinsung an die Stadt abführen, wenn diese die Unternehmen unterstützt. „Es kann nicht angehen, dass die Messe 125 Millionen Euro Kapitalerhöhung von der Stadt bekommt und dafür keinen Cent Zinsen zurück zahlt“, kritisierte Nowak.

Auch auf der Ausgabenseite sieht die Linksfraktion Einsparpotenzial. Fraktionsvorsitzender Oliver Förste nannte im Rat die teuren Steine, die in der Innenstadt verlegt wurden, und die jetzt mit einer aufwändigen Nassreinigung gesäubert werden müssen. Ebenso die dreieinhalb Millionen Euro teure Neugestaltung des Rathausvorplatzes und den 20-Millionen-Euro-Zuschuss der Stadt zum Anbau des Sprengelmuseums.

## Fössebad endlich sanieren!

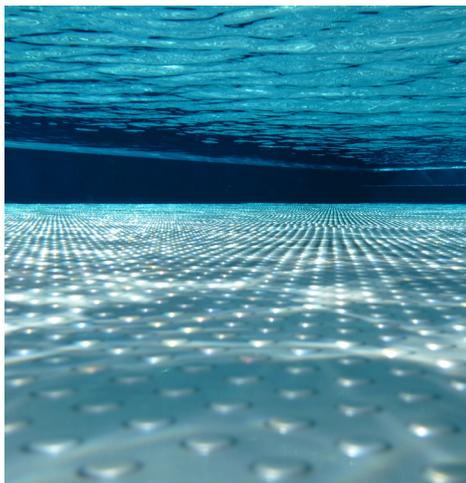


Foto: Volker Kraus / pixello

Seit Jahrzehnten hat die Stadt die notwendige Sanierung und Modernisierung des Fössebades in Linden verschleppt – mit entsprechenden Nachteilen für den Stadtteil. So ist seit drei Jahren kein Freibadebetrieb mehr möglich. Wenn das so weitergeht, ist der Bestand des Bades insgesamt gefährdet. Linden hätte dann kein Schwimmbad mehr. Die Linksfraktion hat deshalb beantragt, im Haushalt fürs nächste Jahr 1,2 Millionen Euro bereitzustellen, damit bereits im kommenden Jahr mit einem Um- oder Neubau des Freibades begonnen werden kann. Diese Summe deckt laut einem Gutachten die Kosten der ersten Ausbaustufe mit Außenbecken, Außenbereich, Eingang und Büro ab.

LINKEN-Fraktionsvorsitzender Oliver Förste kritisierte im Rat, dass die Stadt auch die Sanierung aller anderen städtischen Schwimmbäder zeitlich weiter nach

hinten schiebt und streckt. Ursprünglich sollte die Sanierung aller Bäder in 10 Jahren abgeschlossen sein, jetzt sind es bereits 15 Jahre. „Die Instandsetzung und Modernisierung der Bäder duldet eigentlich keinen Aufschub“, betonte Förste im Rat. „Aber Rot-Grün lässt sich auch hier ins enge Korsett des Kämmerers zwängen.“

Der so gestreckte Bäderplan ist für die Linksfraktion nicht zustimmungsfähig. Auf Ablehnung der LINKEN trifft auch die von der Verwaltung und Rot-Grün geplante Erhöhung der Eintrittspreise für die städtischen Bäder sowie eine höhere Kostenbeteiligung der Schwimmvereine. In weiteren Anträgen zum Haushalt forderte die Linksfraktion den Erhalt der städtischen Großküche im Kinderheim Rohdenhof und einen Einstieg in die Sanierung der Sportparks in Misburg und Wettbergen.

## Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“

„Für die Würde unserer Städte“ heißt das Bündnis, dem sich bundesweit bisher mehr als 40 hoch verschuldete Kommunen angeschlossen haben. In einer Resolution fordern sie dringend mehr Geld von Bundes- und Landesregierungen, um ihren Aufgaben auch in Zukunft noch nachkommen zu können. Wenn es nach der Linksfraktion geht, tritt auch Hannover diesem Bündnis bei. In der letzten Ratsitzung in diesem Jahr bekundeten Grüne und SPD Interesse am Thema. DIE LINKE wird den Ratsantrag nun in den Finanzausschuss erneut einbringen und hofft auf ein positives Signal.

Das Städtebündnis gründete sich vor fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen. Mittlerweile gehören unter anderem Wuppertal, Bochum, Kaiserslautern, Ludwigshafen und die Landeshauptstadt Schwerin dazu. Durch ihren Zusammenschluss wollen die Kommunen erreichen, dass Bund und Länder die Sozialausgaben neu ordnen, kommunale Investitionen stärken und einen Rettungsschirm zum Abbau von Altschulden aufspannen. Der größte Teil der kommunalen Schulden sei die Folge nicht ausreichend gegenfinanzierter Gesetze von Bund und Ländern, kritisiert das Aktionsbündnis.

## Wohnungen für Flüchtlinge und Obdachlose?

### Impressum

Herausgeberin:

Fraktion DIE LINKE  
im Rat der Landeshauptstadt Hannover  
Leinstr. 16, 30159 Hannover  
Tel.: 05 11 168 463-48  
Fax: 05 11 168 463-76  
www.linksfraktion-hannover.de  
Email: heidrun.tannenberg@hannover-rat.de

Redaktion:  
Michael Fleischmann,  
V.i.S.d.P.: Oliver Förste,  
Satz: Markus Hintze

Angesichts des angespannten Wohnungsmarkts wird es insbesondere für Wohnungslose und Flüchtlinge immer schwerer, eine Wohnung zu finden. „Die Stadt sollte diesen Gruppen deshalb eigene und private Belegrechtswohnungen zur Verfügung stellen“, forderte Oliver Förste. „Die Obdachlosenunterkünfte sind bereits voll, und auf dem freien Wohnungsmarkt müssen sie sich ganz hinten anstellen.“ Die Linksfraktion hat deshalb eine gemeinsame Anhörung von Bauaus-

schuss, Sozialausschuss und Internationalem Ausschuss beantragt. Sie will damit erreichen, dass die Stadt beim Bau von Sozialwohnungen auch auf die speziellen Bedürfnisse von Wohnungslosen achtet. Damit Mieter mit wenig Geld eine bezahlbare Bleibe finden, sollen bei Neubauprojekten wie in der geplanten Wasserstadt auf dem ehemaligen Contigelände in Limmer 25 Prozent Sozialwohnungen entstehen.